

Außerordentliche Bundesdelegiertenkonferenz
Berlin, 26. Januar 2025

Antragsteller*in: Robin Korte (KV Münster)

Änderungsantrag zu WP-01-K3

Von Zeile 134 bis 137:

dazu zählen zum Beispiel Straßen, Schwimmbäder, Jugendclubs, Sportplätze und Kultureinrichtungen, fehlen bundesweit 186 Milliarden Euro. Durch [eine auskömmliche Beteiligung der Kommunen an den Deutschlandfondsgesamtstaatlichen Steuereinnahmen, unterstützt durch den Deutschlandfonds](#), geben wir Kommunen endlich die Möglichkeit, diese dringend notwendigen Investitionen zu finanzieren.

Begründung

Der Investitionsstau hat seine zentrale Ursache in der jahrzehntelangen strukturellen Unterfinanzierung der Kommunen. Damit Kommunen wieder investieren können und zugleich die wachsenden konsumtiven Ausgabenlasten, insbesondere in der (sozialen) Daseinsvorsorge, weiterhin stemmen können, muss ihre strukturelle Unterfinanzierung dringend aufgelöst werden. Dafür braucht es einen höheren Anteil an den Gemeinschaftssteuern des Bundes, insbesondere an der Einkommens- und Umsatzsteuer.

Der Deutschlandfonds kann bei der Bewältigung des Investitionsstaus zielgenau unterstützen. Keineswegs kann er aber das Problem der Unterfinanzierung alleine nachhaltig lösen. Handlungsfähige, selbstbestimmte Kommunen brauchen zwingend eine bessere Grundfinanzierung.

weitere Antragsteller*innen

Simon Rock (KV Rhein-Kreis-Neuss); Tobias Rödel (KV Hagen); Anna Katharina di Bari (KV Bochum); Katrin Lögering (KV Dortmund); Hedwig Tärner (KV Warendorf); Niklas Geßner (KV Solingen); Simon Kort (KV Hannover); Gregor Kaiser (KV Olpe); Markus Spitzer-Pachel (KV Essen); Oliver Buschmann (KV Bochum); David Neeff (KV Solingen); Marcel Gießwein (KV Ennepe-Ruhr); Maria-Charlotte Koch (KV Rhein-Sieg); Jochen Gaßmann (KV Salzgitter); Jörg Grutke (KV Euskirchen); Marco Saleik (KV Solingen); Claudia Wiese (KV Leverkusen); Marietheres Mimberg (KV Aachen); Sebastian Pewny (KV Bochum); sowie 36 weitere Antragsteller*innen, die online auf Antragsgrün eingesehen werden können.